

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 8. Juni 1983

am Donnerstag, dem 9. Juni 1983

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Apel (SPD)	49, 50	Jungmann (SPD)	106, 107
Austermann (CDU/CSU)	46, 47	Kirschner (SPD)	14, 101
Bamberg (SPD)	56, 57	Kolbow (SPD)	108, 109
Frau Dr. Bard (DIE GRÜNEN)	95	Dr. Kübler (SPD)	34, 111
Becker (Nienberge) (SPD)	55, 70	Kuhlwein (SPD)	77
Bernrath (SPD)	92, 93	Dr. Lammert (CDU/CSU)	6, 116
Bindig (SPD)	84, 85	Dr. Laufs (CDU/CSU)	104, 105
Broll (CDU/CSU)	114, 115	Lennartz (SPD)	26, 43
Conradi (SPD)	90, 91	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	3
Dr. Czaja (CDU/CSU)	7, 8	Frau Matthäus-Maier (SPD)	36, 37
Frau Dr. Czempiel (SPD)	31	Menzel (SPD)	99, 100
Fellner (CDU/CSU)	112, 113	Dr. Miltner (CDU/CSU)	102, 103
Fischer (Frankfurt) (DIE GRÜNEN)	33, 65	Milz (CDU/CSU)	9, 60
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	15	Müller (Düsseldorf) (SPD)	66, 67
Gilges (SPD)	71, 72	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	59
Gobrecht (SPD)	23	Oostergetelo (SPD)	16, 17
Grobecker (SPD)	51, 52	Pauli (SPD)	53, 89
Dr. Hauchler (SPD)	29, 30	Reents (DIE GRÜNEN)	1, 35
Heistermann (SPD)	64	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	76
Heyenn (SPD)	78, 79	Reuter (SPD)	4, 5
Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN)	54, 96	Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)	2, 83
Dr. Hirsch (FDP)	27, 28	Schartz (Trier) (CDU/CSU)	38, 39
Dr. Hupka (CDU/CSU)	86, 87	Schemken (CDU/CSU)	74, 75
Immer (Altenkirchen) (SPD)	10, 11	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	44, 45

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	12, 13	Frau Steinhauer (SPD)	61, 73
Dr. Schöfberger (SPD)	88, 110	Stiegler (SPD)	21, 22
Schreiner (SPD)	98	Stockleben (SPD)	68, 69
Schulhoff (CDU/CSU)	119, 120	Dr. Struck (SPD)	94
Sielaff (SPD)	81, 82	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN)	18, 48
Frau Simonis (SPD)	80	Dr. Weng (FDP)	42
Frau Dr. Skarpelis-Sperk (SPD)	19, 20	Frau Weyel (SPD)	58
Dr. Sperling (SPD)	117, 118	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	62, 63
Dr. Spöri (SPD)	32, 97	Zander (SPD)	40, 41
Stahl (Kempfen) (SPD)	24, 25		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	14
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	16
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	19

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Reents
(DIE GRÜNEN) Trifft es zu, daß die Bundesregierung über eine bislang von ihr nicht veröffentlichte Studie des Meinungsforschungsinstituts „Sinus“ zur „Nachrüstung“ verfügt, und daß die Ergebnisse dieser Studie unter anderem besagen, daß 60 v. H. der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland eine Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles in unserem Land ablehnt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

2. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Wie hoch ist die Zahl der Verletzungen des westdeutschen Luftraums durch Militärflugzeuge der „DDR“ und der Sowjetunion in den jeweiligen Jahren seit 1969 und betrachtet die Bundesregierung dies als eine besondere Belastung des innerdeutschen Verhältnisses?
3. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD) Kann die Bundesregierung Pläne des Landeskuratoriums „Unteilbares Deutschland“ (Bayern) bestätigen, denenzufolge am 17. Juni 1983 auf dem Münchner Odeonsplatz an der Feldherrnhalle eine Kundgebung geplant ist, und sieht die Bundesregierung – falls dies zutrifft – darin nicht eine symbolträchtige Durchkreuzung einer auf Entspannung ausgerichteten Deutschland- und Ost-West-Politik?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

4. Abgeordneter
Reuter
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß – im Gegensatz zur früheren Übung – das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen sich parteipolitisch nicht neutral verhält, wie aus einem Leserbrief des Bundespostministeriums an die „Dill-Zeitung“ in Dillenburg vom 29. April 1983 zu ersehen ist?
5. Abgeordneter
Reuter
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend auf das Bundespostministerium einzuwirken, damit ähnlich einseitige Stellungnahmen des Bundespostministeriums, die massive Angriffe gegen eine Oppositionspartei enthalten, in Zukunft unterbunden werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

6. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) In welcher Höhe und für welche Verwendungszwecke soll die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte öffentliche Finanzhilfe zur Förderung der Umstrukturierung der deutschen Stahlindustrie erfolgen?

7. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung vor eigenen und EG-Entscheidungen zu neuen Krediten an die Volksrepublik Polen — eventuell sogar aus Mitteln des Bundeshaushalts —, die für Sommer 1983 erwartet werden, zuerst sicherstellen, daß die Volksrepublik Polen die Rechtsverpflichtungen des Politischen Menschenrechtspakts zur Nichtdiskriminierung auch der Deutschen und zur Ermöglichung der Pflege ihres eigenen kulturellen Lebens und ihrer eigenen Sprache (Artikel 27) gewährleistet, sowie die an die Bundesregierung wegen Entschädigungen aus dem Bundeshaushalt übergegangenen hohen Forderungen für frühere nicht getilgte und verzinsten Kredite bezahlt?
8. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Werden angesichts der rasch wachsenden hohen Schäden und Verluste bei Hermes, die der Steuerzahler tragen und mit denen er durch die Abnehmer nicht bezahlte Lieferungen subventionieren muß, die Gewährleistungsgebühren drastisch angehoben und für Kredite an Länder mit nicht effizienter Wirtschaft erhebliche Risikozuschläge gefordert bzw. dorthin Kredite nur bei Gewährleistung von Reformen zu effizienter Produktion gegeben werden?
9. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- In welcher Weise wird das Mittelstandsförderungsprogramm der Bundesregierung dem mittelständischen privaten Omnibusgewerbe zugutekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

10. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Trifft nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung die Feststellung der Verbraucherorganisationen zu, und welche Ursachen sind gegebenenfalls dafür maßgebend, daß etwa 60 v. H. des angebotenen Schweinefrischfleisches Qualitätsmängel aufweist, wobei dies in der Regel als PSE-Fleisch bzw. „weich-wässriges-Blassfleisch“ oder DFD-Fleisch bzw. „dunkel-leimiges-Trockenfleisch“ bezeichnet wird?
11. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Welche Maßnahmen sind seitens der Bundesregierung vorgesehen, um gemeinsam mit den Bundesländern, den Züchter- bzw. Mästerorganisationen sowie Veterinärmedizinern, Schlachtereien, Vermarktungs- und Verarbeitungsbetrieben eine für Verbraucher und Produzenten wichtige Qualitätsverbesserung zu erreichen?
12. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Ist der in einem Festvortrag anlässlich der Verleihung des Rheuma-Preises der Stadt Wiesbaden von Professor Dr. Helmut Schoeck, Mainz, beschriebene Zustand, „Der juristische Apparat, der um den Tierversuch herum errichtet worden ist, macht es praktisch unmöglich, ohne sich angreifbar zu machen, einer Idee nachzugehen, zu deren Prüfung Tierversuche erforderlich wären“ (Zitat Wiesbadener Kurier vom 7. Mai 1983), eine Folge bundesrechtlicher Regelungen?

13. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Tierversuche aus ethischen und nicht zuletzt ökonomischen Gründen so eingeschränkt werden sollten, daß sie nur dann genehmigt werden dürfen, wenn diese für Gesundheit von Mensch und Tier unabweisbar sind und nicht durch andere wissenschaftliche Methoden ersetzt werden können?
14. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Welche Summen wurden von der EG im Jahr 1982 und müssen voraussichtlich 1983 zur Beseitigung der Agrarüberschüsse aufgewendet werden, und welche finanzielle Belastung entsteht dadurch für die bundesdeutschen Steuerzahler?
15. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Größenfestlegung für Pflaumen, wie sie vom Bundesverband der Erzeugerorganisationen schon längst vorgeschlagen ist, vorzunehmen?
16. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Einschätzung, daß von seiten der Landwirtschaft der Widerstand gegen die sogenannte geschlossene Deklaration beim Mischfutter wegen der beim Kauf nicht kontrollierbaren Quantität und Qualität der Bestandteile (speziell Getreideanteil) und wegen der möglichen gesundheitlichen Gefährdungen durch in den verwendeten Importfuttermitteln vorhandenen Substanzen (z. B. HCH in Reismachprodukten oder Aflatoxin in Erdnuß- und Baumwollsaatenprodukten) angewachsen ist, und ist die Bundesregierung bejahendenfalls bereit — auch zwecks Abbau europäischer Getreideüberschüsse —, entgegen ihren Äußerungen auf meine entsprechende Anfrage im Januar (Drucksache 9/2409) für alle Hersteller neben der Angabe der Energiezahlen zusätzlich die Deklaration der Gemengeteile nach Höhe ihrer Anteile — ohne Angabe der von-Hundert-Teile — verbindlich vorzuschreiben, wie dies im deutschen Lebensmittelrecht und im amerikanischen Futtermittelrecht vorgeschrieben und nicht „rechtlich fragwürdig“ ist?
17. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Ist die Bundesregierung unter Berücksichtigung des Umstands, daß „die Erwartungen des Ernährungsausschusses des Deutschen Bundestages in bezug auf die Kennzeichnung von Futtermitteln (Drucksache 7/3581) in der Praxis nicht vollständig eingetroffen sind“ (Drucksache 9/2409), bereit, diese zusätzliche Deklaration der Gemengeteile notfalls auf nationaler Ebene vorzuschreiben und sich dann um entsprechende Abstimmung auf europäischer Ebene zu bemühen?
18. Abgeordnete
Frau Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung bei mehrfacher Anwendung des Herbizids Paraquat die Gefahr der Schädigung von Folgekulturen und einer dauerhaften Schädigung/Verseuchung der behandelten Flächen ein, besonders, wenn es sich um weniger sorptionsfähige Böden handelt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

19. Abgeordnete
**Frau
Dr. Skarpelis-
Sperk
(SPD)** Wie hoch ist das durchschnittliche Unterhaltsgeld bei den abschlußbezogenen berufsqualifizierenden Weiterbildungsmaßnahmen getrennt nach Männern und Frauen?
20. Abgeordnete
**Frau
Dr. Skarpelis-
Sperk
(SPD)** Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um einer Unterrepräsentation von Frauen in berufsqualifizierenden abschlußbezogenen Maßnahmen entgegenzuwirken?
21. Abgeordneter
**Stiegler
(SPD)** Wie hat sich die Beteiligung von Frauen an berufsqualifizierenden abschlußbezogenen Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zwischen 1979 und 1982 im Verhältnis zur Beteiligung der Männer entwickelt (absolut und in Prozentzahlen), und wie hat sich dabei das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz ausgewirkt?
22. Abgeordneter
**Stiegler
(SPD)** Auf welche Berufe sind die abschlußbezogenen berufsqualifizierenden Weiterbildungsmaßnahmen schwerpunktmäßig gerichtet, und wie hoch ist bei den einzelnen Berufen der jeweilige Anteil von Frauen bei Neueintritten in diese Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit?
23. Abgeordneter
**Gobrecht
(SPD)** Um welchen Betrag würden im Jahr 1983 die Sozialversicherungsbeiträge steigen, wenn sich die Brutto-lohn- und -gehaltssumme, wie in der Steuerschätzung vom 20. April 1983 angenommen, in diesem Jahr um 1,8 v. H. auf 783 700 Millionen DM erhöht?
24. Abgeordneter
**Stahl
(Kempen)
(SPD)** Wie beurteilt die Bundesregierung die Befristung der Zahlung des Kurzarbeitergelds, und welche Gründe sprechen für die Regelung von 24 Monaten in der von der Wirtschaftskrise schwer betroffenen Textil- und Bekleidungsindustrie, während für die Arbeitnehmer in der Stahlindustrie eine Regelung für eine Bezugsfrist von 36 Monaten besteht?
25. Abgeordneter
**Stahl
(Kempen)
(SPD)** Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der Forderung der Gewerkschaft Textil-Bekleidung und der Betriebsräte, die Bezugsfrist für Kurzarbeitergeld für die Textil- und Bekleidungsindustrie von zur Zeit höchstens 24 Monate auf 36 Monate zu verlängern, zu entsprechen?
26. Abgeordneter
**Lennartz
(SPD)** In welcher Größenordnung veranschlagt die Bundesregierung die Höhe der eingesparten Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit, da die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit zunimmt und der Anteil derer sinkt, die Anspruch auf Arbeitslosengeld haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

27. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Wie ist der exakte Wortlaut der „Geheimhaltungsbestimmungen der NATO“, durch die sich die Bundesrepublik Deutschland nach der Erklärung des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach vom 15. April 1983 (Drucksache 10/28) ausdrücklich verpflichtet haben soll, die Standorte nuklearer Gefechtsköpfe geheimzuhalten, und bezieht sich diese angebliche Verpflichtung auch auf die Lagerungs-orte von chemischen und bakteriologischen Kampfstoffen in der Bundesrepublik Deutschland?
28. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Wann und durch welche parlamentarische Entscheidung ist diese Verpflichtung völkerrechtlich verbindlich eingegangen worden?
29. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß in der Nähe von Otter (Tostedt) und Ramelsloh im Landkreis Harburg neue militärische Depots eingerichtet werden sollen, obwohl damit eine schwere Beeinträchtigung von Naturschutzbelangen und Belangen der Landwirtschaft verbunden wäre?
30. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD) Wenn ja, ist auszuschließen, daß bei Einrichtung der neuen Depots oder später durch Nutzungsänderung dort atomare, chemische oder biologische Waffen gelagert werden?
31. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempel
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung als Entscheidungsträger die voraussichtliche Entwicklung der Verhandlungen über den geplanten amerikanischen Truppenübungsplatz bei Schlitz (Vogelsbergkreis)?
32. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Treffen Meldungen des Nachrichtenmagazins „Spiegel“ zu, nach denen Experten der US-Armee die künftigen Feuerstellungen der Pershing II-Raketen vermessen und bereits die zugehörige elektronische Ausrüstung installieren?
33. Abgeordneter
Fischer
(Frankfurt)
(DIE GRÜNEN) Welchen Stellenwert hatten die Sicherheitsaspekte in einem dichtfrequentierten Luftraum, in einem der verkehrsreichsten Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland und angesichts des benachbarten Volksfestes (Welchestag) bei der generellen Zustimmung des Bundesverteidigungsministeriums zu der Militärluftschau am Pfingstsonntag auf dem Rhein-Main-Flughafen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um derartige Vorkommnisse künftig zu vermeiden?
34. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wird die Bundesregierung aus dem Unglück bei den militärischen Flugvorführungen, dem Schaufliegen am Pfingstsonntag in Frankfurt, die Konsequenzen ziehen und militärische Schauflüge über militärischen Gebieten nicht mehr genehmigen, und trifft es zu, daß trotz Bedenken der Verantwortlichen des Frankfurter Flughafens auf ausdrückliche Intervention des Bundesverteidigungsministers Dr. Wörner die militärischen Flugvorführungen erfolgten?

35. Abgeordneter
Reents
(DIE GRÜNEN) Kann die Bundesregierung die Information bestätigen, daß die NATO von der Erprobung der sowjetischen SS 20 erstmals 1975 durch den amerikanischen Aufklärungssatelliten „Big Bird“ erfuhr, und wenn nicht, zu welchem genauen Zeitpunkt wurde dann die Erprobung der SS 20 in der NATO bekannt?
36. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(SPD) Hat unter anderem die Bundesregierung der US-Regierung nahegelegt, eine Neutronenwaffe als 155-Millimeter-Artilleriegeschosß herzustellen, wie die International Harald Tribune und die Frankfurter Rundschau vom 30. Mai 1983 gemeldet haben?
37. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(SPD) Ist der Bundesregierung die Meldung bekannt, daß ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums bestätigt habe, unter anderem die Bundesrepublik Deutschland habe die Produktion neuer 155-Millimeter-Geschosse gefordert, eine Entscheidung, ob die Geschosse mit Neutronensprengköpfen ausgerüstet werden sollen, sei noch nicht gefallen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

38. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Wieviel Prozent der nach Deutschland eingeführten ausländischen Weine werden an der deutschen Grenze kontrolliert, insbesondere im Hinblick auf ihre Verkehrsfähigkeit und ihre Übereinstimmung mit den Begleitpapieren, und wieviel Prozent der kontrollierten Weine werden dabei beanstandet?
39. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Wie hoch ist der Prozentsatz der in Deutschland abgefüllten ausländischen Weine einschließlich der sogenannten EWG-Verschnitte der vor der Abgabe an den Einzelhandel oder an den Verbraucher kontrolliert wird, und wieviel Prozent der kontrollierten Weine werden beanstandet?
40. Abgeordneter
Zander
(SPD) Zu welchem Ergebnis haben die vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Dr. Geißler, angekündigten Bemühungen geführt, daß die als „Wunderquelle“ bekanntgewordene Quelle in der südpfälzischen Gemeinde Ransbach als Heilquelle anerkannt wird und die Gemeinde sich als Heilbad bezeichnen darf?
41. Abgeordneter
Zander
(SPD) Wann wird der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Dr. Geißler, das am 23. Februar 1983 in der „Bild“-Zeitung angekündigte Sofortprogramm für die sogenannte Wunderquelle von Ransbach vorlegen?
42. Abgeordneter
Dr. Weng
(FDP) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den Versuch des Einführens einer Pflegefallversicherung zumindest modellhaft ins Auge zu fassen?

43. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Geht die Bundesregierung davon aus, daß für Arbeitslose, die keinen Arbeitslosengeldanspruch haben, ein Anspruch gegenüber den Sozialämtern besteht, und in welcher Höhe werden die Leistungen der Sozialämter in Anspruch genommen?
44. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in der neugestalteten Zeitschrift „Der Zivildienst“ (Herausgeber: Bundesamt für Zivildienst) die DDR mehrfach in Anführungszeichen gesetzt wird bzw. verschwiegen wird, daß die SPD gegen das neue Kriegsdienstverweigerungsrecht gestimmt hat und das Land Bremen dagegen klagt?
45. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Wird diese Art der Berichterstattung als parteipolitisch neutral angesehen, und wird die Bundesregierung versuchen, Einfluß zu nehmen, um eine korrekte Berichterstattung zu gewährleisten?
46. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Spielt die Frage der sogenannten Leih-Mütter, die für ein fremdes Ehepaar gegen Geld ein Kind austragen, in der Bundesrepublik Deutschland eine erhebliche Rolle?
47. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß derartige „Verträge“, aber auch Gen-Manipulationen und sonstige Eingriffe in das werdende Leben, mit dem Grundgesetz, insbesondere dem Recht der Menschenwürde und dem christlichen Sittengesetz nicht vereinbar sind?
48. Abgeordnete
Frau Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN) Wie beurteilt die Bundesregierung den Einsatz von Paraquat aus humantoxikologischer Sicht unter Berücksichtigung des Fehlens eines Gegenmittels bei Intoxikationen durch Paraquat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

49. Abgeordneter
Dr. Apel
(SPD) Hat die Bundesregierung vor ihrer Zustimmung zur Erhöhung der zoll- und steuerfreien Dieselmengen von 50 Liter auf 200 Liter bei der Einfahrt von Lastkraftwagen in die Bundesrepublik Deutschland von unseren EG-Partnern verbindliche Zusicherungen erhalten, die zu einer Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen der europäischen Seehäfen an der Nordsee führen?
50. Abgeordneter
Dr. Apel
(SPD) Wie will die Bundesregierung verhindern, daß durch ihren einseitigen Schritt etwa 2500 Arbeitsplätze allein in der Hamburger und Bremer Hafenwirtschaft dadurch gefährdet werden, daß sich durch die Erhöhung der Tankfreimengen eine Verbilligung von mindestens 6 DM pro Tonne bei vergleichbaren Transporten zugunsten der Rhein-Mündungshäfen ergibt?
51. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) War der Bundesregierung vor dem Beschluß des EG-Ministerrats die Freimengen für Dieselmotortreibstoff im grenzüberschreitenden Verkehr von 50 Liter auf 200 Liter zu erhöhen, bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn durch diese Maßnahme einen Verlust von mehr als 40 Millionen DM auf den Strecken von und zu den deutschen Seehäfen erleiden wird?

52. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) Kann die Bundesregierung die Höhe des Verlustes an Tonnage für die Seehäfen Hamburg und Bremen angeben, der durch den Beschluß des EG-Minister-rats entstehen wird?
53. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Welche Anstrengungen unternimmt die Bundes-regierung für ein gleiches Autobahnbenutzungs-recht in den Staaten der EG und anliegenden Tran-sitländern mit dem Ziel des Wegfalls der Autobahn-gebühren?
54. Abgeordnete
Frau
Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) Wie gedenkt die Bundesregierung beim Ausbau der A 39 von Salzgitter nach Wolfsburg die Ergebnisse des ökologischen Gutachtens zu berücksichtigen, das die Stadt Braunschweig in Auftrag gegeben und das gezeigt hat, daß beim Bau dieser Autobahn das Naturschutzgebiet Riddagshausen in seiner Existenz gefährdet sein würde?
55. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Kann die Bundesregierung angeben, wann mit der Fertigstellung der Autobahnkreuzung A 30 / A 31 zu rechnen ist?
56. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Ist Bundeskanzler Dr. Kohl bei seinem Besuch in Rom der Bitte des bayerischen Ministerpräsidenten nachgekommen, sich für eine neue Eisenbahnlinie über den Brenner einzusetzen, und gibt es eine von italienischer Seite angestrebte gemeinsame Erklärung zu diesem Thema?
57. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Bestehen von seiten der Bundesregierung konkrete Pläne, um dem steigenden Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien, der auch zu einer Überbelastung der Straßengrenz-stellen in Kiefersfelden geführt hat, z. B. durch eine neue leistungsfähige Eisenbahnverbindung Mün-chen – Verona gerecht zu werden, und wie gegeben-falls die Finanzierung durchgeführt werden könnte?
58. Abgeordnete
Frau
Weyel
(SPD) Entspricht es den verkehrspolitischen Absichten der Bundesregierung, daß bei Einstellung des Per-sonenverkehrs auf der Schiene in verkehrsschwachen Zeiten und Ersatz durch Busverkehr der Endab-schnitt der Strecke nicht mehr bedient wird, wenn dadurch ein Mittelzentrum mit teilweiser Oberzen-trumsfunktion zu bestimmten Zeiten vom öffent-lichen Personenverkehr völlig abgeschnitten wird?
59. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn einzuwirken, daß den in der Bundes-republik Deutschland lebenden Italienern für die Wahlen in Italien am 26. Juni 1983 freie Bahnfahrt gewährt wird, wie dies bei den italienischen Parla-mentswahlen 1979 geschehen ist, und wie hoch beziffert die Bundesregierung die dadurch gegeb-enfalls entstehenden Kosten?
60. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung durch die Errichtung von Regionalverkehrsgesellschaften und Verkehrsver-bünden insofern Gefahren für die Existenz mittel-ständischer privater Omnibusunternehmen, als daß

öffentliche Verkehrsbetriebe besonders im Bereich des Kölner Umlands beim Liniendienst und im Schulbusverkehr das private Omnibusgewerbe vom Markt verdrängen, und gibt es in diesem Zusammenhang Wirtschaftlichkeitsüberlegungen, in welcher Weise am kostengünstigsten gefahren werden kann?

61. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Welche Stellungnahme gibt die Bundesregierung zu der von der Europäischen Gemeinschaft beabsichtigten Erhöhung des höchstzulässigen Gesamtgewichts im normalen Lastkraftwagenverkehr, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen auf die Straßenbelastungen und die Auswirkungen auf den Güterverkehr der Deutschen Bundesbahn?
62. Abgeordneter
**Wolfram
(Recklinghausen)**
(SPD) Trifft es zu, daß Öl auf hoher See mit chemischen Mitteln so beseitigt wird, daß Öltanker kapitän keine Schuld für widerrechtliche Reinigung auf See nachgewiesen werden kann, daß Kapitäne und Offiziere Prämien für die Verwendung derartiger chemischer Mittel erhalten und die Reedereien eher Strafen bezahlen als ordnungsgemäß entsorgen, weil die Strafen niedriger sind als die Entsorgungsgebühren (Quelle: „Monitor“ vom 24. Mai 1983)?
63. Abgeordneter
**Wolfram
(Recklinghausen)**
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, alles zu tun, um national und international sicherzustellen, daß Öltanker nicht mehr auf hoher See, auch nicht in der Nordsee, „gereinigt“ werden, sondern „Entsorgungsanlagen“ in den Häfen, besonders in deutschen, benutzt werden?
64. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Trifft es zu, daß zwischen dem Bundesverkehrsministerium und dem Bundesverteidigungsministerium seit Mitte 1981 Verhandlungen über eine Beteiligung der Bundesmarine an der Luftüberwachung zur Kontrolle von Ölverschmutzungen im Bereich See/Küste vorwiegend auf den Schifffahrtswegen in der Nordsee geführt werden, und wenn ja, welches Ergebnis haben die Verhandlungen bisher gehabt?
65. Abgeordneter
**Fischer
(Frankfurt)**
(DIE GRÜNEN) Hat die Bundesanstalt für Flugsicherung (BFS) in Braunschweig im Vorfeld der Militärflugschau am Pfingstsonntag auf dem Rhein-Main-Flughafen irgendwelche Bedenken geäußert, und wenn ja, welche waren diese?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

66. Abgeordneter
**Müller
(Düsseldorf)**
(SPD) Stimmen die Befürchtungen, daß der Projektträger des seit 1974 bestehenden Forschungsprojekts zur „Humanisierung des Arbeitslebens“ aufgelöst werden soll und dazu bereits vom Bundesministerium für Forschung und Technologie von der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt ein „Arbeits- und Strukturkonzept“ erbeten wurde?

67. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD) Steht hinter der eventuellen Auflösung des Projektträgers die Überlegung, bei den Maßnahmen zur „Humanisierung des Arbeitslebens“ die wissenschaftliche Begleitung zur Verallgemeinerung der Forschungsergebnisse zugunsten betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte zurückzudrängen?
68. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Will die Bundesregierung die Zahl der Mitarbeiter beim Projektträger „Humanisierung des Arbeitslebens“, wie dessen Betriebsratsvorsitzender auf einer Pressekonferenz am 17. Mai 1983 festgestellt hat, erheblich vermindern, und wird der Bundesforschungsminister hierüber noch im Mai eine Entscheidung treffen?
69. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung die Durchführung des Programms „Humanisierung des Arbeitslebens“ künftig zu organisieren, und welche Folgen zieht sie daraus für den Projektträger?
70. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Wieviel Forschungsprojekte finanziert die Bundesregierung im Land Nordrhein-Westfalen ganz oder teilweise?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

71. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Liegen der Bundesregierung Angaben darüber vor, wieviel Ausbildungsplätze in den vergangenen Jahren auf Grund der sogenannten ausbildungshemmenden Vorschriften im Jugendarbeitsschutzgesetz von Industrie und Handwerk nicht zur Verfügung gestellt wurden, und wie sich diese Zahlen auf die verschiedenen Ausbildungsbereiche verteilen?
72. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Kann die Bundesregierung mitteilen, wieviel Ausbildungsplätze nach dem beabsichtigten Abbau der sogenannten ausbildungshemmenden Vorschriften im Jugendarbeitsschutzgesetz zusätzlich zur Verfügung gestellt werden können?
73. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Ausbildungsplätze in bundesunmittelbaren und -mittelbaren Betrieben und Dienststellen zusätzlich zu den jetzt vorhandenen Ausbildungsplätzen geschaffen werden können (z. B. allein in der Bundesbahnausbildungswerkstatt Siegen noch weitere zwölf Ausbildungsplätze in gewerblich-technischen Berufen), und ist die Bundesregierung bereit, diese Ausbildungsplätze, eventuell durch ein finanzielles Sonderprogramm gefördert, zu besetzen und damit einen zusätzlichen Beitrag für die Ausbildung von Jugendlichen zu leisten?

- | | |
|--|--|
| 74. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Mittel für die Maßnahme zur „Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen“ nach dem Antragsstand nicht ausreichen und beispielsweise beim Landesarbeitsamt Düsseldorf ca. 90 Maßnahmen deshalb bisher nicht genehmigt werden konnten? |
| 75. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dem Bedarf gerecht zu werden und damit in der augenblicklichen Situation des Ausbildungsplatzangebots weitere Starthilfen für lernbeeinträchtigte Jugendliche zu ermöglichen? |
| 76. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN) | Welche einheitlichen Richtlinien bestehen für Aufwandsentschädigungen an Studenten der integrierten Praxissemester im Fachbereich Sozialpädagogik, und kann die Bundesregierung bestätigen, daß – wie die Studenten der Katholischen Fachhochschule für Sozialwesen und Religionspädagogik in Freiburg mitteilen – das integrierte Praxissemester, in der Regel ohne Aufwandsentschädigung, für sie ab Wintersemester 1983/1984 bedeutet, mit Beträgen von 900 DM bis 4200 DM für die Praxistätigkeit (sehr oft die volle Stelle eines Sozialpädagogen) belastet zu sein, wenn BAföG auf Vollدارlehen umgestellt wird? |
| 77. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) | Treffen Presseberichte zu, daß die von der Bundesregierung beschlossene Neuregelung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht verwirklicht werden kann, weil die Bundesländer nicht bereit sind, einen Länderanteil an der Finanzierung mitzutragen? |
| 78. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) | Trifft es zu, daß die bisher in 1983 vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft für das Benachteiligtenprogramm zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen, und daß deshalb vorbereitete Maßnahmen, z. B. im Kreis Segeberg, durch das Arbeitsamt Neumünster nicht finanziert werden können? |
| 79. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, gegebenenfalls die Mittel für das Benachteiligtenprogramm zu erhöhen, um allen Anträgen von Trägern nachkommen zu können? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|---|---|
| 80. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) | Treffen Berichte zu, daß der Film „Die weiße Rose“ auf Grund von Interventionen des Auswärtigen Amtes in den USA in Goethe-Instituten, die daran interessiert sind, nicht gezeigt werden darf, und welches sind gegebenenfalls die Gründe hierfür? |
| 81. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß es bei der US-Regierung Überlegungen gibt, chemische Sprengköpfe für die Pershing II und die Marschflugkörper zu entwickeln, und weiß die Bundesregierung, für welche Länder die Stationierung dieser chemischen Sprengköpfe vorgesehen ist? |

82. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß die US-Regierung das technische Know-how der C-Waffenproduktion nicht an andere Länder weitergibt, und plant die Bundesregierung Initiativen, um im UN-Abrüstungsausschuß in Genf einen Forschungsstopp bei C- und Toxinwaffen zu erreichen?
83. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Regierung der Volksrepublik Polen seit dem 1. März 1983 verschärfte Ausreisekriterien angeordnet hat, z. B. Nachweise durch deutsche Urkunden bzw. Auszüge aus dem Familienstammbuch, und wenn ja, wie beurteilt dies die Bundesregierung?
84. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die von vielen Menschenrechtsorganisationen getragene Befürchtung, daß nach Vorliegen des sogenannten Abschlußberichts der argentinischen Militärregierung über die „Verschwundenen“ in Argentinien noch am Leben befindliche deutsche „Verschwundene“ in Argentinien nunmehr akut lebensbedroht sind, da sie amtlich bereits für tot erklärt worden sind?
85. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Zu welchen konkreten Schritten hat die Bundesregierung die deutsche Botschaft in Buenos Aires nach Bekanntwerden des sogenannten Abschlußberichts veranlaßt, um sich für das Schicksal der in Argentinien „verschwundenen“ Deutschen mit Nachdruck einzusetzen, und zu welchen Ergebnissen haben derartige Bemühungen bisher geführt?
86. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß unseren Botschaften für die Öffentlichkeitsarbeit Deutschlandkarten übermittelt werden, die entgegen dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht ganz Deutschland in allen seinen Teilen zeigen, und warum geschieht dies?
87. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Warum wird von unseren Missionen im Ausland nicht unser nationaler Gedenktag 17. Juni in angemessener Form entsprechend den Gepflogenheiten anderer Missionen begangen, und warum wird entgegen dem Auftrag des Gesetzgebers der 23. Mai als Tag der Verfassung zum Anlaß von Einladungen an die ausländischen Missionen gewählt?
88. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die SPD, die Jungsozialisten, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Evangelischen Studentengemeinden (ESG), die Münchner Studentengemeinde (evang.) und die deutsche amnesty international neben anderen in- und ausländischen Organisationen in einer als „geheim“ eingestuftem amtlichen türkischen „Liste der Organisationen und berufsständischen Vertretungen, die im Ausland gegen die Türkei gerichtete, schädliche Tätigkeiten ausüben“ aufgeführt sind, und welche Folgen könnte dies nach Ansicht der Bundesregierung für einzelne (führende) Mitglieder der genannten Organisationen bei einer Reise in die Türkei haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|---|--|
| 89. Abgeordneter
Pauli
(SPD) | Wie viele Personen sind in den Listen über Ehrungen und Ordensverleihungen vor 1945 an ehemalige Kriegsteilnehmer erfaßt, die bei einer Außenstelle des Bundesarchivs lagern, und welchen Informationswert mißt die Bundesregierung diesen Listen bei? |
| 90. Abgeordneter
Conradi
(SPD) | In welchem Maß sind bei „WINTEX/CIMEX 83“ zivile Stellen, beispielsweise der Kommunen, an Planübungen beteiligt worden, und welchen Zweck hatte diese Beteiligung? |
| 91. Abgeordneter
Conradi
(SPD) | Welche Vorkehrungen trifft die Bundesregierung bei der Ausstattung von Großschutzräumen und Bunkern für die Unterbringung etwaiger Toter? |
| 92. Abgeordneter
Bernrath
(SPD) | Hält Bundeskanzler Dr. Kohl an seiner 1975 geäußerten Auffassung fest, daß das „Nebeneinander von Beamten einerseits und Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes andererseits in der systemlosen Form, wie es sich in der Praxis darstellt, als fragwürdig“ erscheint, und wird die Bundesregierung dementsprechend den „Ursachen und Abhilfemöglichkeiten“ nachgehen? |
| 93. Abgeordneter
Bernrath
(SPD) | Wird die Bundesregierung entsprechend dem Vorschlag des niedersächsischen Innenministers Dr. Möcklinghoff (CDU), den Beamtenstatus auf „lebenswichtige“ Funktionen des öffentlichen Dienstes beschränken oder nach anderen Kriterien auf einen Kernbereich der öffentlichen Aufgaben zurückführen? |
| 94. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD) | Liegen der Bundesregierung oder den für die Beobachtung extremistischer Aktivitäten zuständigen Behörden des Bundes Erkenntnisse über den „Stahlhelm, Kampfbund für Europa“ vor? |
| 95. Abgeordnete
Frau
Dr. Bard
(DIE GRÜNEN) | Welche Markenpräparate wurden bei der Einlagerung von Psychopharmaka des Typs Diazepam zu Zwecken des Zivil- und Katastrophenschutzes bisher im Bundesinnenministerium berücksichtigt? |
| 96. Abgeordnete
Frau
Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) | Wie groß ist die Menge an Psychopharmaka bzw. schmerzstillenden Betäubungsmitteln, die regelmäßig von seiten des Bundesinnenministeriums zu Zwecken des Zivil- und Katastrophenschutzes vorrätig gehalten werden? |
| 97. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) | Trifft es zu, daß gegenwärtig Alarm- und Einsatzpläne vorbereitet werden, nach denen Pershing II-Standorte breiträumig abgeriegelt werden sollen? |
| 98. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Bürger aus Heimatländern, in denen nachweislich gefoltert wird und wo sie konkret mit Verhaftung und Folterung zu rechnen hätten, schon deshalb einen Asylanspruch in der Bundesrepublik Deutschland haben, weil jedwede Folter insoweit politisch motiviert ist, als das Mittel der Folter Ausdruck eines zutiefst inhumanen politischen Systems ist? |

- | | |
|--|---|
| 99. Abgeordneter
Menzel
(SPD) | Gibt es Bemühungen der Firma Hoffmann-La Roche, die Verbrennung der Dioxinreste aus Seveso in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen? |
| 100. Abgeordneter
Menzel
(SPD) | Ist sichergestellt, daß eine eventuelle Verbrennung in der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne Zustimmung der Bundesregierung erfolgen kann, und gibt es in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt Anlagen, die für eine derartige Verbrennung geeignet wären? |
| 101. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Welche Erkenntnisse liegen dem Bundesinnenminister vor, wenn er in einem Interview der Illustrierten „Bunte“ vom 1. Juni 1983 behauptet, daß bei den zu erwartenden Demonstrationen gegen eine mögliche Raketenstationierung die Vorbereitungen dazu „maßgeblich von kommunistisch beeinflussten Gruppen“ getroffen würden, die im Interesse Moskaus handelten und dafür Geld aus der DDR bekämen? |
| 102. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung die von ihr vor Beginn der Ostermärsche 1983 vertretene Auffassung, daß die DKP, ihre Nebenorganisationen und die von ihr beeinflussten Organisationen auch in diesem Jahr initiiierende, organisierende und steuernde Kräfte der Ostermärsche sind, durch den tatsächlichen Ablauf der Ostermärsche bestätigt gesehen, und wenn ja, welche Tatsachen haben diese Auffassung bestätigt? |
| 103. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß es bei den Ostermärschen 1983 stärker als im vergangenen Jahr zu Aktionseinheiten von Kommunisten mit Nichtextremisten gekommen ist, und wenn ja, wie äußerte sich dies? |
| 104. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) | Ist es richtig, daß gerade im Zusammenhang mit Aktivitäten der „Friedensbewegung“ die DKP ihren sonst gepflegten Schein-Legalismus mehr und mehr aufgibt und sich an rechtswidrigen Blockaden und ähnlichen Aktionen beteiligt oder sie sonst unterstützt, und wenn ja, welche Anhaltspunkte hat die Bundesregierung hierfür? |
| 105. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) | Gibt es Anzeichen dafür, daß sich der Versuch der Vereinnahmung der Friedensbewegung durch die DKP und die von ihr beeinflussten Organisationen noch verstärken wird, und falls ja, welche? |
| 106. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) | Trifft es zu, daß der Bundesminister des Innern konkrete Planungen zum Aufbau personeller und materieller Kapazitäten des BGS/See mit der Zielsetzung der Luft- und Seeüberwachung zur Kontrolle von Ölverschmutzung im Bereich See/Küste vorwiegend auf den Schifffahrtswegen in der Nordsee betreibt, und wenn ja, hat er bereits Konzepte entwickelt und Lösungsvorschläge bei der Industrie eingeholt? |
| 107. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) | Beruhren Pressemeldungen (z. B. Münchner Merkur vom 6. April 1983) über Materialkosten und materielle Betriebskosten auf Schätzungen des Bundesministers des Innern oder stehen konkrete Angebote dahinter? |

108. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) Wie stellt sich der Bundesinnenminister die Erweiterung seines Personalbestands, vor allem in den Jahren ab 1986, vor?
109. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) Denkt die Bundesregierung daran, diese Angelegenheit so bald wie möglich zum Gegenstand einer ressortübergreifenden Prüfung zu machen?
110. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Trifft eine Aussage vor dem Verwaltungsgericht Berlin zu, wonach die beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge eingerichteten Sicherheitsdienststellen mit dem türkischen Geheimdienst zusammenarbeiten, ihm insbesondere Daten und Angaben von türkischen Asylbewerbern mitteilen, und wie würde die Bundesregierung einen solchen Sachverhalt nach § 99 StGB bewerten?
111. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Treffen Meldungen zu, daß Bundesinnenminister Dr. Zimmermann dem neuen Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium, Manfred Schreiber, bisheriger Polizeipräsident in München, die Wahrnehmung so weitgehender Nebentätigkeiten genehmigt hat, daß er dazu drei Tage in der Woche in der bayerischen Landeshauptstadt München bleiben kann und seinen Dienst als Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium nur zwei Tage in der Woche versieht, und auf welche Rechtsgrundlage stützt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Genehmigung?
112. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß sich auf der „3. Aktionskonferenz der Friedensbewegung“ am 16./17. April 1983 in Köln die Aktionsplanung des sogenannten gewaltfreien Widerstands, die Blockaden, Umzingelungen, Besetzungen und ähnliche gesetzeswidrige Aktionen vorsieht, durchsetzen konnte, und ist bejahendenfalls die Bundesregierung darüber unterrichtet, wie sich dies äußerte?
113. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß selbst von Kräften des nicht-Moskau-orientierten Linksextremismus, insbesondere der undogmatischen Neuen Linken, der orthodox-kommunistische Einfluß auf die „Friedensbewegung“ und die – von ihnen so bezeichnete – „Mehrheit des DKP/SPD-nahen Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ kritisiert wird, und ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Form und aus welchen Gründen dies geschieht?
114. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die „3. Aktionskonferenz der Friedensbewegung“ am 16./17. April 1983 in Köln maßgeblich von Linksextremisten, insbesondere von orthodoxen Kommunisten, beeinflußt wurde, und ist bejahendenfalls die Bundesregierung darüber unterrichtet, wie sich dies äußerte?
115. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß die orthodox-kommunistischen Kräfte, die die Aufrüstung, den Wehrkundeunterricht an Schulen und andere der Militarisierung der Gesellschaft dienende Maßnahmen in den Ostblockstaaten nicht kritisieren sondern meistens befürworten, auf der „3. Aktionskonferenz der Friedensbewegung“ mit der von ihnen verfolgten Politik des Minimalkonsenses“, wonach nur solche Forderungen erhoben werden dürfen, die für die DKP bzw. für die hinter ihr stehende SED und die KPdSU akzeptabel sind, Erfolg hatten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

116. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung neuere Vorschläge, Beteiligungen an sogenannten Finanzierungsgesellschaften für Risikokapital, die etwa nach dem Vorbild des amerikanischen „venture-capital“ arbeiten und vom Bundesministerium für Forschung und Technologie lizenziert werden sollen, bis zu einem bestimmten Höchstbetrag jährlich als Sonderausgaben steuerlich abzugsfähig zu gestalten und gleichzeitig Gewinnausschüttungen dieser Fonds einkommensteuerfrei zu stellen, um im Gegensatz zu herkömmlichen Abschreibungsgesellschaften einen tatsächlichen Erfolgsanreiz auszuüben?
117. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele, daß Bauherrenmodelle „ein echter Grund für öffentliches Ärgernis“ sind?
118. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die vom Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Häfele kritisierten Auswüchse beim Bauherrenmodell einzuschränken, und ist die Bundesregierung bereit, den dazu von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vorgelegten Gesetzentwurf zu übernehmen?
119. Abgeordneter
Schulhoff
(CDU/CSU)
- Welche zusätzlichen Einnahmen werden ab 1984 dadurch erzielt, daß die Abzugsfähigkeit der Geldbeschaffungskosten im Bauherrenmodell auf fünf Jahre gestreckt werden soll, und welche Mindereinnahmen entstehen dem Bund durch eine dadurch erzielte verminderte Bautätigkeit?
120. Abgeordneter
Schulhoff
(CDU/CSU)
- Welche zusätzlichen Einnahmen werden ab 1984 dadurch erzielt, daß die Abzugsfähigkeit der Geldbeschaffungskosten für eigengenutzte Eigenheime auf fünf Jahre gestreckt werden soll, und welche Mindereinnahmen entstehen dem Bund durch eine dadurch bewirkte verminderte Bautätigkeit?

Bonn, den 3. Juni 1983

